

Übersichten

Außenpolitik

*⁽¹⁾

Parteichef Jiang Zemin in der Sowjetunion: Weiterhin Tauwetter zwischen Moskau und Beijing

Fast auf den Tag genau zwei Jahre nach dem Besuch Gorbatschows in Beijing, der nur kurz vor den blutigen Tiananmen-Ereignissen stattgefunden hatte, kam der Generalsekretär der KPCh, Jiang Zemin, vom 15. bis 19. Mai 1991 zu einem offiziellen Besuch der UdSSR nach Moskau und Leningrad.

Jiang Zemin war der erste Parteichef, der der Sowjetunion seit dem Besuch Mao Zedongs i.J. 1957 wieder eine Visite abstattete.

Zwischen beiden Besuchen war es zu einer weiteren Visite gekommen, als nämlich Ministerpräsident Li Peng vom 23. bis 26. April 1990 ebenfalls die UdSSR besucht hatte (vgl. dazu C.a., April 1990, S.280-283).

Der Ministerpräsident sowie der Parteichef der VRCh haben damit ihr Besuchsumsum in Richtung Moskau bereits erledigt - fehlt nun nur noch der Staatspräsident.

Wie sehr sich das Verhältnis zwischen beiden Seiten, die nach einem Ausspruch Mao Zedongs ursprünglich "10.000 Jahre lang verfeindet bleiben" würden, inzwischen geändert hat, läßt sich allein schon daraus ersehen, daß die Visite Jiangs in Moskau in der Weltpresse kaum noch Aufmerksamkeit auf sich zog. Sie wurde m.a.W. als gänzlich "normaler" Vorgang gewertet.

Längst hat die Sowjetunion die drei "Grundbedingungen" Beijings (bezogen auf Indochina, Afghanistan und die Mongolei) erfüllt, und längst auch haben sich die Beziehungen im zwischen-

staatlichen Umgang, bei der wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit, zwischen den Massenorganisationen, ja sogar bei den KP-Beziehungen entkrampft; selbst die Militärs, die sich gegenseitig jahrzehntelang Gewehr bei Fuß gegenüberstanden hatten, sind inzwischen ins Gespräch miteinander eingetreten. Beim Besuch Li Pengs waren drei Dokumente über langfristige Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet bis zum Jahr 2000, ferner über Kooperation auf dem Gebiet der Raumtechnologie für friedliche Zwecke und ein Protokoll über maximalen Meinungs austausch zu allen internationalen Fragen unterzeichnet worden. Gleichzeitig hatte man nach dem Li Peng-Besuch jedoch auf ein Schlußkommuniqué verzichtet - möglicherweise wegen allzu krasser ideologischer Meinungsverschiedenheiten.

Im Gegensatz dazu wurde diesmal wieder ein gemeinsames Kommuniqué herausgegeben, das genauso wie damals wiederum aus 18 Punkten besteht, ohne daß die einzelnen Abschnitte allerdings genau deckungsgleich aufeinander paßten.

- In Abschnitt 2 des Kommuniqués vom 19. Mai 1991 heißt es, wie schon 1989, daß beide Seiten ihre Beziehungen normalisiert, d.h. die "Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen weiter ausgebaut" hätten.

- In Abschnitt 3 ist von intensiven Kontakten zwischen den beiden KPs die Rede - eine Klausel, die in Punkt 18 nochmals angeschnitten und im Sinne einer weiteren Dialogöffnung bekräftigt wird (früher ebenfalls § 18).

- In Abschnitt 4 ist von langfristiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit die Rede (früher Abschnitt 8). Außerdem wird ein verstärkter Direktkontakt zwi-

schen den chinesischen Provinzen und den sowjetischen Teilrepubliken befürwortet.

- In Abschnitt 5 ist vom Tourismus-, Kultur- und Sportaustausch und von der gegenseitigen Unterstützung in Zivil- und Strafsachen sowie beim Kampf gegen organisiertes Verbrechen und internationalen Terrorismus die Rede. Hier handelt es sich um eine Neuformulierung.

- In Abschnitt 6 werden die Fortschritte bei den Grenzverhandlungen betont. Im Kommuniqué von 1989 (Abschnitt 7) war dagegen noch mehr von Hoffnung auf einen solchen Fortschritt die Rede gewesen. Inzwischen sei auch ein "Abkommen über die Leitprinzipien für den gegenseitigen Abbau der Streitkräfte in den chinesisch-sowjetischen Grenzgebieten und für die Verstärkung des Vertrauens auf militärischem Gebiet" unterzeichnet worden. Dies sei eine sehr erfreuliche Entwicklung.

- In Abschnitt 7 taucht die Taiwan-Klausel auf (wie in Abschnitt 11 von 1989); danach erkennt die Sowjetunion die Regierung der Volksrepublik China als die "einzig legitime Regierung, die ganz China vertreten darf, an".

- In Abschnitt 8 ist von Sozialismus und von Reformen die Rede. Es könne kein einheitliches Schema für Reformen geben; vielmehr habe jedes Volk und jedes Land das Recht, die Innovationen entsprechend seinen konkreten Verhältnissen durchzuführen. Dies ist gegenüber 1989 eine Neuformulierung!

- In Abschnitt 9 heißt es, daß Gorbatschow seinen Gesprächspartner über die Neugliederung der Sowjetunion informiert und über die bevorstehende Unterzeichnung des neuen Unionsvertrags instruiert habe. Die chinesische Seite habe dafür "Verständnis" aufgebracht - auch dies eine Neuformulierung.

- In Abschnitt 10 taucht, wie schon in Abschnitt 13 von 1989, die klassische Antihegemonieklausel auf, die deshalb bemerkenswert ist, weil die Sowjetunion ja bekanntlich in der chinesischen Propaganda zwischen 1968 und 1988 als "hegemonistischer" und "sozialimperialistischer" Staat gebrandmarkt worden war. Nunmehr heißt es: "Beide Seiten unterstreichen, daß we-

der China noch die Sowjetunion in der Welt nach Hegemonie streben, und daß beide gegen jegliche Form des Hegemonismus in der internationalen Politik auftreten."

- In Abschnitt 11 kommt eine der Lieblingsideen Gorbatschows zum Zug, nämlich die Schaffung einer Sicherheitszone im asiatisch-pazifischen Raum, die durch "politischen Dialog und gleichberechtigte Konsultationen" herbeigeführt werden" solle - eine Neuformulierung gegenüber 1989!

- In Abschnitt 12 wird die Kambodscha-Frage angesprochen, die 1989 unter Punkt 9 aufgeführt war. Beide Seiten verweisen darauf, daß die UNO inzwischen sachdienliche Vorschläge erarbeitet habe, und daß man auf die Unterzeichnung des Lösungsentwurfs der UNO durch die vier kambodschanischen Bürgerkriegsparteien warte.

- In Abschnitt 13 wird die Hoffnung auf Entspannung auf der koreanischen Halbinsel ausgesprochen; von Korea war im Kommuniqué von 1989 noch nicht die Rede gewesen.

- Dasselbe kann von der Lage in der Golfregion gesagt werden, die in Abschnitt 14 erwähnt wird. Die Vereinten Nationen sollten in Zukunft aktiver an der Herbeiführung von Frieden und Stabilität in diesem Gebiet arbeiten. Beide Seiten wollten ihren Einfluß als Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Sicherheitsrats geltend machen.

- In Abschnitt 15 werden Maßnahmen zur Vernichtung der ABC-Waffen und zur Entmilitarisierung des Weltraums angesprochen - eine Neuformulierung gegenüber 1989.

- Die Rolle der UNO bei der Friedensstiftung solle künftig stärker zum Tragen kommen - ein Rückbezug auf Abschnitt 14 von 1989.

- In Abschnitt 17 fordern beide Seiten eine "vernünftige neue politische und wirtschaftliche Weltordnung" auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz - ein Rückbezug auf Abschnitt 12 von 1989.

- In § 18 schließlich wird ein weiterer Dialog zwischen den beiden kommunistischen Parteien gefordert (XNA, 19. und 20.5.91).

Beide Seiten wiederholten bei mehreren Gelegenheiten, daß das "historische Treffen zwischen Deng Xiaoping und Gorbatschow" i.J. 1989 die Vergangenheit begraben und die Tür für die Zukunft aufgestoßen habe. Trotz der veränderlichen und unsicheren Weltlage hätten sich seither die Beziehungen zwischen beiden Partnern bewahrt.

Beide Seiten betonten auch mehrere Male, daß kein einziges asiatisches Land unter der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Seiten zu leiden gehabt hätte (TASS in SWB, 17.5.91).

Am Rande des Gipfeltreffens unterzeichneten die beiden Außenminister Qian Qichen und Alexander Bessmertnych ein Grenzabkommen für den Ostteil der 7.000 km langen gemeinsamen Grenze (XNA, 17.5.91).

Einzelheiten über das Grenzabkommen wurden nicht publiziert.

In zeitlichem Zusammenhang mit dem Jiang Zemin-Besuch übergab die Sowjetunion in aller Stille eine Reihe von Inseln in den Flüssen Amur, Argun und Ussuri an China, darunter auch die Amur-Insel Damanski (chin.: Chenbao), um die es i.J. 1949 zu zwei bewaffneten Konflikten zwischen beiden Ländern gekommen war.

Am 18.Juni kam auch die "Sino-Sowjetische Ständige Arbeitsgruppe über die Zusammenarbeit beim lokalen Grenzhandel" zusammen und unterzeichnete mehrere Vereinbarungen (XNA, 19.6.91).

Ganz in diesem Sinne war im Mai 1991 eine Delegation der sowjetischen Republik Buriat in die chinesische Autonome Region Innere Mongolei gekommen (Radio Innere Mongolei in SWB, 21.5.91).

Ernsthafte Probleme scheint es zwischen beiden Seiten seither nicht mehr zu geben. Lediglich die Sozialismusfrage in der Sowjetunion bereitet den Chinesen Kopfzerbrechen.

Daß in der Sowjetunion inzwischen sogar Oppositionsparteien aufkommen, und daß hier an allen Ecken und Enden der Pluralismus gedeiht, ist ein Aspekt der Perestroika, der den Chinesen unmöglich gefallen kann.

Über Sozialismus und heikle ideologische Fragen scheinen sich beide Seiten deshalb auch nicht allzu intensiv unterhalten zu haben. Immerhin betonte Jiang Zemin, daß er als Freund der Sowjetunion hoffe, die sozialistische Sache möge in der UdSSR weiter von Erfolg gekrönt sein. Reformen hätten die Verbesserung und Entwicklung eines Sozialismus zum Ziel, der am Ende doch noch seine Überlegenheit beweise. Das chinesische Volk (sic!) jedenfalls sei fest entschlossen, trotz aller Schwierigkeiten einen Sozialismus mit chinesischem Gesicht aufzubauen (XNA, 18.5.91).

Gorbatschow erwiderte, daß der Sozialismus durch konstruktive und evolutionäre Methoden in seinem revolutionären Wesen erhalten werden müsse.

Jiang Zemin traf auch zu Gesprächen mit Premierminister Pawlow und mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Lukyanow, zusammen (TASS in SWB, 18.5.91).

Am letzten Tag besuchte Jiang Zemin die Autofabrik Likhachew in Moskau, wo er in den 50er Jahren ein Praktikum als Ingenieur absolviert hatte, und reiste zum Abschluß seiner Visite noch nach Leningrad (XNA, 19.5.91).

Nur wenige Tage vor Gorbatschow hatte Verteidigungsminister Jasow die VR China besucht - es war dies der erste Besuch eines sowjetischen Verteidigungsministers seit 1949 (!) (so ausdrücklich Li Peng, XNA, 8.5.91). Hauptgesprächspunkte dürften wohl Kaufinteressen der chinesischen Seite für sowjetische Militärtechnologie gewesen sein. Beide Seiten versicherten einander bei dieser Gelegenheit auch, daß sie sich gegenseitig nicht mehr als Bedrohung betrachteten. Beide befürworteten Beziehungen auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (XNA, 8.5.91). Verhandlungen über den Abzug der Truppen entlang der 7.000 km langen Ostgrenze sind im Gange. Schon wenige Wochen nach dem Jiang-Besuch fand die 4.Runde der 2.Verhandlungsphase über den Truppenabbau statt, diesmal am 14.Juni in Beijing (XNA, 15.6.91). Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Prinzipien für eine Verringerung der Streitkräfte. Die Gespräche waren im Zuge der Normalisierung der sino-sowjetischen Beziehungen im Mai 1989 vereinbart worden. Im April 1990 hat-

ten beide Seiten eine prinzipielle Übereinkunft zur Demilitarisierungsfrage unterzeichnet.

Geplant ist die Lieferung von SU-27-Flugzeugen an China sowie die Ausbildung chinesischer Piloten in der UdSSR, ferner die Lieferung sowjetischer Truppentransport-Hubschrauber, der Kauf von sowjetischen Transportflugzeugen, wobei auch gebrauchte Flugzeuge in Betracht kommen, und eine Kooperation im Weltraumbereich, wie sie ja bereits beim Besuch Li Pengs 1990 in Moskau vereinbart worden war (Cheng Ming, 1.5.91).

Das Tauwetter dauert also zwischen beiden Seiten nach wie vor an, doch es kommt zu keinen stürmischen Bekundungen mehr wie noch in den 50er Jahren: Das gegenseitige Verhältnis ist auf kühlem Pragmatismus aufgebaut - und dies ist ganz gewiß eine tragfähigere Grundlage! -we-

* (2)

Das Beijinger Außenministerium zu den Ereignissen in Jugoslawien

Auf die Frage, wie China die Unabhängigkeitserklärung der Republiken Slowenien und Kroatien beurteile, drückte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums "unsere Besorgnis über die drastische Verschlechterung der Situation in Jugoslawien nach der Unabhängigkeitserklärung der Republiken Slowenien und Kroatien aus. Wir hoffen, daß die verschiedenen Parteien in Jugoslawien den gemeinsamen Interessen des jugoslawischen Volkes aller Nationalitäten Rechnung tragen und mit Dialogen und Konsultationen ... nach einer angemessenen Lösung ... durch friedliche Mittel suchen... Nach unserer Ansicht nützt die Aufrechterhaltung von Stabilität und *Einheit* nicht nur dem jugoslawischen Volk aller Nationalitäten, sondern trägt auch zum Frieden und zur Stabilität in Europa bei." (XNA, 29.6.91) Während Slowenien und Kroatien vor allem nach einer "parlamentarischen Demokratie" westlichen Stils strebten, glaubten die Serben, daß der "demokratische Sozialismus" der richtige Weg für Jugoslawien sei (XNA, 30.6.91).

Für das zentralistisch regierte China sind die Unabhängigkeitsversuche der beiden Teilrepubliken Anschläge auf alles, was den Chinesen heilig ist! -we-

* (3)

Defilee der EG-Außenminister

Nachdem die EG-Regierungen im Gefolge der blutigen Tiananmen-Ereignisse vom Juni 1989 jeden Kontakt auf höherer Ebene mit chinesischen Regierungs- und Parteimitgliedern eingestellt hatten, kommen sie nun langsam wieder zurück.

Die Aufhebung des Boykotts gegen China war bereits durch einen Beschluß der EG-Außenminister am 22. Oktober 1990 dekretiert worden: Erklärtermaßen wollten die Zwölf ihre im Juni 1989 über China verhängten Sanktionen ab sofort aufheben und ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu China wieder normalisieren.

Dieser Beschluß war von Li Peng am 23. Oktober als "vernünftig" begrüßt worden.

Schon am 20. Oktober hatte die damalige britische Premierministerin Thatcher erklärt, sie werde Ende November 1990 Wan Li, den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK, empfangen.

Am 25. Oktober gab der französische Minister für Wirtschaft, Finanzen und Haushalt bekannt, daß Frankreich die seit Juni 1989 stornierten Verhandlungen über offizielle Kredite an China wieder aufnehmen wolle.

Den Reigen der besuchenden Außenminister eröffnete Spanien, dessen Außenamtsvertreter Ordóñez der VR China vom 22. bis 24. November 1990 einen Besuch abstattete.

Als nächster folgte der britische Außenminister Hurt, der Anfang April 1991 zu einer fünftägigen Visite nach Beijing kam, um vor allem die Hongkong-Frage zu erläutern, sich aber auch in anderen internationalen Angelegenheiten mit der chinesischen Regierung abzustimmen (XNA, 5. und 6.4.91).

Hurt sprach bei seinem Besuch auch eine Reihe peinlicher Fragen an, sei es nun die Menschenrechtssituation in China oder aber die Irritation über chinesische Kritik an dem für Hongkong geplanten internationalen Großflughafen. Auch wollte Hurt erreichen, daß China sich verpflichte, in die

Spannungsgebiete des Nahen Ostens und der Golfregion keine Waffen mehr zu liefern. Trotz solcher Hürden verliefen die Gespräche insgesamt harmonisch: Man habe zwar keine "volle Übereinstimmung" erzielen können, aber doch "wichtige Mißverständnisse ausgeräumt", hieß es beiderseits (XNA, 10.3.91).

Der Besuch des Dalai Lama in London, gegen den die chinesische Seite protestiert hatte, hatte auf den Gesprächsverlauf offensichtlich keinen Einfluß (Radio Beijing in SWB, 18. und 19.3.91; XNA, 29.3.91).

Beide Seiten waren sich am Schluß der Gespräche einig, daß die beiderseitige Zusammenarbeit gestärkt werden müsse, um 1997 eine reibungslose Übergabe von Hongkong an China zu ermöglichen. Beide saßen, wie die chinesische Seite es ausdrückte, "im gleichen Boot", da es um den Erhalt von Prosperität und Stabilität in Hongkong während der Übergangszeit gehe.

Ende April folgte dann Hurts französischer Amtskollege Roland Dumas, der es immerhin für nötig hielt, zu betonen, daß sich die beiderseitigen Beziehungen wieder "normalisiert" hätten (XNA, 1.5.91). Dumas versäumte auch nicht, darauf hinzuweisen, daß Frankreich das erste größere westliche Land gewesen sei, daß vor 27 Jahren diplomatische Beziehungen zu China aufnahm. Beide Seiten verträten ähnliche oder identische Auffassungen zur Golfkrise, zur Kambodscha-Frage und zu anderen internationalen Fragen.

Beide Seiten wiesen darauf hin, daß der bilaterale Handelsaustausch 1990 die Summe von 2,3 Mrd. US\$ betragen habe. Frankreich sei damit unter den EG-Mitgliedern nach Deutschland Chinas Handelspartner Nr. 2. Beide Seiten unterzeichneten am 29. April eine Note über die Gründung von Generalkonsulaten in beiden Ländern.

Die Tatsache, daß Frankreich im Anschluß an die Tiananmen-Ereignisse führende Mitglieder des Studentenprotests bei sich aufgenommen hat, spielte bei den Gesprächen offensichtlich keine Rolle.

Dumas forderte lediglich eine Amnestie für die im Zusammenhang mit den Tiananmen-Ereignissen verhafteten Studenten und Arbeiter.

Der Besuch von Dumas hat sich übrigens auch wirtschaftlich "gelohnt", als drei Wochen später ein Vertrag zwischen der französischen KKW-Firma Framema und der chinesischen Korporation für Kernindustrie "über die Herstellung eines 900.000 kW-Druckwasserreaktors" unterzeichnet wurde. Der Reaktor ist für das Kernkraftwerk in der Daya-Bucht (Provinz Guangdong) bestimmt und soll Ende 1993 in Betrieb gehen. Die französische Framatome, die Mutter der Framema, hat bereits in früheren Jahren ein Abkommen der Guangdong-Kernkraftkompanie über den Bau des KKW an der Daya-Bucht abgeschlossen (XNA, 29.5.91). Erneut ist damit die KWU, eine Siemens-Tochter, leer ausgegangen - und dies, obwohl Siemens sich zwischenzeitlich mit höchst kostspieligen Projekten in China engagiert. So wurde beispielsweise am Nordostrand von Beijing das "Beijing Technology Training Center" mit einer Investition von rd. 50 Mio.DM eröffnet, in dem bis zu 700 chinesische Ingenieure durch 1-2wöchige Kurse geschult werden sollen. Siemens verfügt über Vertretungen in Shanghai, Guangzhou und im nordöstlichen Dalian.

Drei Wochen nach Dumas' Besuch kam Italiens Außenminister Gianni De Michelis in die Volksrepublik. In einer etwas peinlichen Erklärung meinte er, daß die Europäer versuchen sollten, die "chinesische Vorstellung von Menschenrechten zu verstehen". Die Verhängung von Sanktionen gegen China und seine Isolation trage nicht zum Aufbau einer neuen internationalen Ordnung bei. Eine neue internationale Ordnung ohne China aber sei undenkbar (XNA, 22.5.91).

Den ganzen Februar über hatte Außenminister Qian Qichen bereits eine Europatour durchgeführt und u.a. Portugal, Spanien, Polen, Bulgarien, Ungarn, Griechenland und Malta besucht. Mit dieser dreiwöchigen Besuchsrunde sollte eine "neue Entwicklung" im chinesisch-europäischen Verhältnis eingeleitet werden (XNA, 21.2.91). Zu seinen ständigen Erklärungen gehörte dabei der Hinweis, daß "China bereit sei, die freundlichen Beziehungen mit allen westeuropäischen Staaten" wieder aufzunehmen (XNA, 28.2.91). Aus den zentraleuropäischen Ländern hatte Qian zu diesem Zeitpunkt noch keine Einladung erhalten. Vor allem in der Bundesrepublik war man betroffen

gewesen über die heftigen ideologischen Attacken, mit denen Beijing längere Zeit den Umbruch in Europa begleitet und den ehemaligen sozialistischen Partnern das Abgleiten ins Chaos prophezeit hatte.

Das Defilee der EG-Außenminister ist für China eine große Genugtuung. Immer wieder verweist Beijing darauf, daß China seit den 50er Jahren mit Mitgliedstaaten der EG fruchtbare kommerzielle Beziehungen unterhalte. 1975 habe China diplomatische Beziehungen mit der EG aufgenommen und 1978 das erste Handelsabkommen mit der Gemeinschaft geschlossen. Im Mai 1985 sei ein Abkommen über die kommerzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit signiert worden. Seither sei der bilaterale Handel und die Kooperation auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet von Jahr zu Jahr weiter ausgebaut worden. Das Volumen des bilateralen Handels habe sich zwischen 1978 und 1987 vervierfacht und i.J. 1987 bereits über 11 Mrd.US\$ betragen. Zwischen 1979 und 1987 hätten ferner europäische Firmen eine Summe von rd. 1,75 Mrd.US\$ in China investiert. Dann jedoch habe der Boykott vom Juni 1989 einen gewaltigen Einbruch gebracht - und dies alles wegen der Geschehnisse in Beijing vom Juni 1989, die ja doch zweifellos eine innere Angelegenheit seien, in die sich einzumischen kein anderer Staat, auch die EG nicht, das Recht habe!

Es sei eine Genugtuung für China, daß die westlichen Länder ihre "ungerechten Maßnahmen" wieder rückgängig machten, und daß sie ihre Zusammenarbeit mit der Volksrepublik auf der Basis der Fünf Grundprinzipien erneut aufnahmen. Die Aufhebung der Sanktionen und die Wiederherstellung der Beziehungen mit China sei eine unaufhaltsame Tendenz. Die japanische Regierung habe dies längst begriffen und sei deshalb früher als die EG-Länder zur Renormalisierung geschritten. -we-

* (4)

Protest gegen Waffenexporte Belgiens nach Taiwan

Die VR China bestellte am 18.Mai in Beijing den belgischen Botschafter de Valck ein und protestierte gegen den Verkauf von Raketenmotoren an Taiwan durch eine belgische Firma. China

sei über die Verkaufsnachrichten "schockiert" und verweise u.a. auch darauf, daß Belgien bei der Aufnahme seiner diplomatischen Beziehungen die Volksrepublik als einzig legitime Vertreterin Chinas und Taiwan als eine Provinz Chinas anerkannt habe. Es verstoße gegen grundlegende völkerrechtliche Normen, wenn das Ausland an eine untergeordnete Region Waffen liefere (XNA, 19.5.91). Die chinesische Regierung forderte die belgische Seite auf, zuzusichern, daß sich derartige Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen.

Vor wenigen Jahren hatte es noch eine ähnliche Kontroverse zwischen China und den Niederlanden gegeben, als nämlich die niederländische Regierung die Lieferung zweier U-Boote an Taiwan genehmigte. Im Gefolge jahrelanger chinesisch-niederländischer Reibereien hatte die VR China dann systematisch Holland zugunsten Belgiens ausgespielt. Es könnte sein, daß sich das Verhalten Chinas nun in umgekehrter Richtung entwickelt. Bezeichnend u.a., daß die in einer anderen Übersicht erwähnte chinesische Einkaufsdelegation zwar nach Brüssel kam, aber nur nach Brüssel als Sitz der EG, nicht dagegen nach Belgien. Andererseits waren die Niederlande in die Besuchsplanung miteinbezogen. Wieder einmal also eine "subtile Achtung à la Beijing"! -we-

* (5)

Chinesische Einkaufsdelegation in Europa

Anfang Juni 1991 begann eine chinesische Delegation unter Leitung des früheren Stellvertretenden Ministers für Außenwirtschaft und Außenhandel, Wei Yuming, mit einer Einkaufsreise durch die führenden Länder der EG. Sie führte die längste Bestellliste seit Gründung der VR China mit sich. Mitglieder der Delegation waren 16 Repräsentanten aus einschlägigen Behörden und Großfirmen für Chemie, Metallurgie, Maschinenbau, Textilien, Medikamente usw. Die Delegation ist bevollmächtigt, bindende Verträge abzuschließen.

In Brüssel betonte Wei, daß China "auf dem Prinzip der Ausgewogenheit zwischen Ein- und Ausfuhr seine Importe in angemessener Weise erhöhen" wolle. China brauche für seine Modernisierung fortgeschrittene Technik, Anleitung, Kapital und Materialien.

Besuchsländer sollen Holland, Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien und Spanien sein (XNA, 2., 3., 4. und 5.6.91).

Weil erklärte, daß die Delegation ermächtigt sei, Waren für über 1 Mrd. US\$ zu ordern (XNA, 3.6.91). Die Importe würden nicht zuletzt auch im Hinblick auf den beginnenden 8. Fünfjahresplan benötigt. (Siehe auch Übersicht unter "Außenwirtschaft")
-we-

*(6)

Staatssekretär Leng in China

Nachdem die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland im Gefolge des Tiananmen-Massakers durch Bundestagsbeschluß für kurze Zeit aufgeschoben worden war (besonders betroffen war hierbei die Unterstützung für den U-Bahn-Bau in Shanghai), wurde die Entwicklungshilfe dann doch klugerweise wiederaufgenommen; es wäre ja auch wenig logisch gewesen, ausgerechnet Shanghai, dessen Führung den Studenten gegenüber zurückhaltend gewesen war, für die katastrophalen Entscheidungen Beijings zur Verantwortung zu ziehen; auch kann niemand wünschen, daß China zu einem "Sozialfall" wird.

Ganz in diesem Sinne hatte also das BMZ einen durchaus begrüßenswerten Kurs gegenüber der Volksrepublik gesteuert und die Entwicklungshilfe nach dem Abflauen der Stürme wieder fortgesetzt. Ende Mai 1991 besuchte der Staatssekretär im BMZ, Siegfried Lengl, im Rahmen der BMZ-Routine wieder einmal die VR China. Er war dort vorher schon rd. zwanzigmal gewesen, um laufende Projekte abzustimmen. Diesmal ging es um Fragen des Umweltschutzes, z.B. der Abgasentsorgung in Beijing, um Müllentsorgung (ebenfalls in Beijing), um Wiederaufforstung und um landwirtschaftliche Forschungsprojekte.

Die Visite wäre auch nicht weiter bemerkenswert gewesen, hätte Lengl nicht Ministerpräsident Li Peng umarmt - ein Verhalten, das von amnesty international sogleich als "unangebrachte Liebedienerei" kritisiert wurde. Für den Generalsekretär der deutschen a.i.-Sektion, Volkmar Deile, war die vom Bonner Staatssekretär gezeigte Bewunderung für die stabile Lage in

China "mehr als zynisch". Die Stabilität Chinas beruhe nach wie vor "auf Gewalt und Bajonetten" und zeige sich u.a. auch in der Unterdrückung der tibetischen Unabhängigkeitsbewegung. Die große Mehrheit der Regimegegner werde weiterhin zu gnadenlos harten Strafen verurteilt. Nach a.i.-Informationen seien viele hundert Vertreter der chinesischen Demokratiebewegung über Monate, manchmal über ein Jahr lang ohne Anklage und Verfahren festgehalten worden. Der Regimekritiker Chen Lantao aus der Provinz Shandong z.B. sei wegen "konterrevolutionärer Propaganda und Agitation" zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden, obwohl er sich 1989 nur friedlich an den Protesten beteiligt habe. Der von Lengl umarmte Li Peng sei einer der Hauptverantwortlichen für das damalige Massaker (SZ, 4.6.91).

Auch Abgeordnete der Grünen und der SPD zeigten sich empört und verlangten den Rücktritt Lengls. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Pinger forderte "die deutschen Politiker" auf, in Zukunft gegenüber den chinesischen Machthabern mehr Zurückhaltung an den Tag zu legen (Handelsblatt, 5.6.91). -we-

*(7)

Beziehungen zu San Marino

Zum Kleinstaat San Marino bestanden bisher, d.h. seit 6. Mai 1971, lediglich konsularische Beziehungen. Anlässlich des 20. Jahrestags der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden Staaten wurde das Verhältnis am 6. Mai 1991 auf Botschafterniveau angehoben (XNA, 9. und 9.5.91).

Die VR China demonstriert damit erneut eine alte Lieblingsidee, daß nämlich große und kleine Länder gleich wichtig seien. -we-

*(8)

Erneuter Konflikt mit dem Vatikan

Bereits in den 50er Jahren war der heute in den USA lebende Bischof Gong Pinmei wegen "Sabotage" und "konterrevolutionären Verrats" zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die römische Kurie hatte, ohne dies öffentlich bekanntzugeben, den Bischof noch während seiner Gefangenschaft zum Kardinal ernannt

und diese Ernennung erst 12 Jahre später, nämlich im Juni 1991 bekanntgegeben.

Gegen diesen Akt protestierten am 17.6. sowohl das chinesische Außenministerium als auch das Chinesische Katholische Bischofskollegium, der Patriotische Katholikenverband Chinas und die Nationale Verwaltungskommission der Katholischen Kirche Chinas: Es handle sich hier um eine Einmischung des Vatikans in die Angelegenheiten Chinas und der Katholiken Chinas. Die chinesischen Katholiken hielten an ihrer dreifachen Unabhängigkeit (in Glaubenssachen, in Ordinationsfragen und in wirtschaftlichen Angelegenheiten) an ihrer Unabhängigkeit fest und duldeten keinerlei ausländische Einmischung (XNA, 19.6.91). Das Außenministerium fügte hinzu, daß ein solcher Akt ein neues Hindernis auf dem Weg zur Verbesserung der Beziehungen zwischen China und dem Vatikan errichte habe (XNA, 18.6.91).

Demgegenüber betonte Papst Johannes Paul am 1.7.1991, daß die Ernennung eines chinesischen Kardinals nicht als feindlicher Akt, sondern als Ausdruck des guten Willens gegenüber dem chinesischen Volk gemeint gewesen sei (SCMP, 2.7.91). -we-

Innenpolitik

*(9)

Jiang Qing verstorben

Jiang Qing, die Witwe Mao Zedongs, verstarb am frühen Morgen des 14. Mai 1991 im Alter von 77 Jahren "in ihrer Residenz" in Beijing (Xinhua, 4.6.91, in RMRB, 5.6.91). Der Tod der "Hauptverbrecherin der konterrevolutionären Clique um Lin Biao und Jiang Qing" wurde offiziell erst mit dreiwöchentlicher Verzögerung genau am zweiten Jahrestag der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 bekanntgegeben. Der entsprechenden Meldung der offiziellen Nachrichtenagentur Xinhua vom 4. Juni zufolge soll Jiang Qing Selbstmord begangen haben. Über die möglichen Ursachen des Selbstmords wurden offiziell keinerlei Angaben gemacht. Das ZK-Organ Volkszeitung veröffentlichte die knappe Xinhua-Meldung am 5. Juni auf der Seite 4.